



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat betreffend Petition "LehrerInnen sollen mehr Zeit in der Schule verbringen"**

Datum: 25. Januar 2012

Nummer: 2011-296d

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2011/296d

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Petition "LehrerInnen sollen mehr Zeit in der Schule verbringen"

Vom 25. Januar 2012

1. Ausgangslage

Mit Schreiben vom 13. November 2011 hat eine Einwohnerin des Baselbiets dem Landrat eine Petition zum Berufsauftrag der Lehrer/innen eingereicht. Sie beantragt, dass Lehrer/innen ein volles Arbeitswochenpensum von ca. 42 Stunden Präsenzzeit an der Schule verbringen. In der Begründung wird nicht nur der Trend zur Ganztageschule mit Betreuungstätigkeit, sondern auch die Mitverantwortung von Lernenden und Eltern für den Lernerfolg genannt. Die Petitionärin ist der Meinung, die Sparmassnahmen im Entlastungspaket 12/15 könnten mit ihren Vorschlägen umgesetzt werden. Die Petition wurde vom Büro des Landrates am 17.11.2011 der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission zur Behandlung (*als mit dem Entlastungsprogramm im Zusammenhang stehend*) überwiesen.

2. Zielsetzung der Petition

Zielsetzung der Petition ist ein neues Arbeits- und Organisationsmodell für Lehrer/innen und Schüler/innen, indem die Lehrpersonen ca. 42 h Präsenzzeit in der Schule verbringen. Dadurch sollen auch die vorgesehenen Sparmassnahmen gemäss EP 12/15 umgesetzt werden können.

3. Kommissionsberatung

Die Petition wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission am 5. Januar 2012 beraten. An der Sitzung waren Regierungsrat Urs Wüthrich und Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, für die Stellungnahme der Bildungsdirektion zur Petition sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend.

3.1. Detailberatung

RR Urs Wüthrich legte einleitend die Haltung der Bildungsdirektion dar: Lehrer/innen in unserem Kanton erfüllen ihren Berufsauftrag (inkl. Ferienanspruch) analog der übrigen Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung im Rahmen der Jahresarbeitszeit. Die Petition greife mit der Forderung nach Präsenzzeiten an den Schulen eine wichtige, laufende Entwicklung auf. Diese werde für eine bessere Wirksamkeit des Arbeitsortes als richtig eingestuft. Hingegen werde eine Neuregelung mit umfassenden Präsenzzeiten abgelehnt, weil die Infrastruktur an den Schulen fehle und die Bestimmungen des Berufsauftrages gegenüber neuen Entwicklungen genügend offen seien. In der Kommissionsberatung wurde von Lehrerseite vorge-

bracht, dass die heutige, freie Gestaltung des Pensums ausserhalb der schulischen Präsenzzeit ein erheblicher Vorteil des Lehrerberufs darstelle. Bei einem Wegfall würde der Beruf noch weniger attraktiv. Zudem könnten weitere Aufgaben wie Elternabende nicht auch noch in einer 42-Stunden-Woche Platz haben. Die Petentin verkenne, dass bei verschiedenen Schulstufen unterschiedliche Rahmenbedingungen herrschen. Das Modell an sich sei nicht utopisch. In den USA würde es praktiziert; es könne aber nicht tel quel auf die Schweiz übertragen werden. Zudem werde von vielen Schulleitungen der heutige Berufsauftrag nicht wie vorgesehen umgesetzt. Im Weiteren wurde auf die massive Kostensteigerung, welche die Umsetzung der Petition zur Folge hätte, hingewiesen. Wollte man die 42-Stunden-Woche umsetzen, würde für jedes Schulhaus ein Verwaltungsgebäude mit Büros für die Lehrpersonen benötigt. Als Konsequenz des vorgeschlagenen neuen Systems, müssten aber auch die Schüler/innen 42 Stunden an den Schulen bleiben, was ebenfalls nicht ohne zusätzliche Infrastrukturen möglich sei. Die Kommission ist sich bewusst, dass der Trend zur Ganztageschule auch Auswirkungen auf die Präsenz der Lehrpersonen in der Schule hat. Eine radikale Umstellung ist aber kurzfristig keine realistische Option.

– Beschlussfassung

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beschliesst mit 9:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen, dem Landrat die Ablehnung der Petition zu beantragen.

4. Antrag

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat die Ablehnung der Petition 13-2011 "Lehrer/innen sollen mehr Zeit in den Schulen verbringen".

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Karl Willimann, Präsident

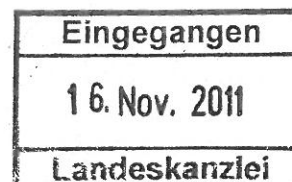
Füllinsdorf, 25. Januar 2012

Beilagen:

– Unterlagen zur Petition

An den Landrat Baselland und den Regierungsrat
zuhanden der Petitionskommission
Regierungsgebäude
Rathausstrasse 2
4410 Liestal

13.12.2011 an Liestal



Münchenstein, 13. November 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

Petition LehrerInnen sollen mehr Zeit in den Schulen verbringen

Hiermit stelle ich den Antrag auf ein volles Arbeitswochenpensum von ca. 42 Std. Präsenzzeit in der Schule für LehrerInnen oder Lehrbeauftragte.

Begründung:

1. Trend hin zur Ganztagesesschule – Forderung nach Mittagstisch und Ganztags-Schulen – Nachbetreuung, Kleinklassen und Aufgabenhilfe. Ergo sollen die LehrerInnen mehr Zeit in den Schulen verbringen und die nichtformulierte Initiative «Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren» würde diesen Standpunkt optimal unterstützen. LehrerInnen haben neben dem schulischen auch den privaten Stress unserer modernen Zeit. So wären LehrerInnen von diesem zusätzlichen familiären Stress entlastet, wird doch die Erledigung von schulischen Pflichtarbeiten meist im privaten häuslichen Bereich vollzogen, anstatt am Arbeitsplatz. SchülerInnen könnten die Aufgaben selbständig in der Schule erledigen und wenn nötig direkt klärende Fragen stellen. Diese wäre eine Stressentlastung von LehrerInnen, denn das Verhältnis LehrerInnen/SchülerInnen würde sich dadurch markant verbessern. Auch unvorher-gesehene Ausfallstunden könnten von anwesendem Lehrpersonal kompensatorisch aufgefangen werden.
2. Ein riesiges Problem an unserer Bildungsdiskussion ist dieser bürokratische Ansatz, dass man mit dem System Qualität machen kann. Aber: Es gibt nicht die Qualität. Qualität kann man herunterbrechen bis auf das, was der einzelne, Lernende erlebt. Ein besonderer Schwerpunkt und Fokus ergibt sich im Klassenzimmer, in der Klassengemeinschaft. Kein Mensch hat aber im System bisher darüber nachgedacht, dass es auf Seiten der Schüler eine Verantwortung für Lernerfolge gibt. Hier muss es einen Mechanismus geben, der dafür sorgt, dass die Lerngemeinschaft erkennt, welche Verantwortung sie füreinander und für das Ergebnis hat.

3. Gemäss der Webpage EDK: "In der Schweiz tragen die Kantone die Hauptverantwortung für Bildung und Kultur. Sie koordinieren ihre Arbeit auf nationaler Ebene. Dafür bilden die 26 kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren eine politische Behörde: die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Die Zusammenarbeit der EDK basiert auf rechtsverbindlichen, interkantonalen Vereinbarungen (Konkordaten). Die EDK handelt subsidiär und erfüllt Aufgaben, die nicht von den Regionen oder Kantonen wahrgenommen werden können. Das Schulwesen in der mehrsprachigen und föderalistischen Schweiz zeichnet sich aus durch eine hohe lokale, kantonale und sprachregionale Verankerung. Die Hauptverantwortung liegt bei den 26 Kantonen. Im nachobligatorischen Bereich tragen der Bund und die Kantone gemeinsam die Verantwortung für das Bildungswesen.." Ergo ist für die Bildung der Staat alleine zuständig. Und genau da wäre ein ganz zentraler Schritt in der Bildungspolitik anstreben: Man darf die Eltern nicht als jemanden sehen, der einen Auftrag an das System gibt. Ich würde mir wünschen, dass man den Integrationsgedanken über die Schulen so spielt, dass man, mit dem Kindergarten beginnend, die Eltern in ihrer Rolle als Lebensbegleiter des Lernens wahrnimmt und fördert.
4. Wir können für alles das System verantwortlich machen, auch wenn den Schülern kein Bewusstsein für Verantwortung vermittelt wird. Es sind klar Lehrer und Eltern, denen die entscheidende Schlüsselrolle zugeordnet werden muss. Wir brauchen keine Schulreform wie kleinere Klassen, mehr Nachhilfe oder Kleinklassen, etc., sondern handelnde Personen, die dies umsetzen: Lernen lehren und Lernen lernen ist ausschlaggebend. Das würde die LehrerInnen entlasten. Im übrigen zeigt eine Schweizer Langzeitstudie, dass lernbehinderte Kinder ohne Kleinklassen-Biografie weitaus bessere Berufschancen, ein grösseres Beziehungsnetz und einen höheren Selbstwert haben. Also auch ein Weg von Kleinklassen.
5. Durch meine Vorschläge können auch die von der Regierung in ihrem Entlastungspaket 12/15 vorgesehenen Sparmassnahmen im Bildungsbereich umgesetzt werden. Ich denke, dass LehrerInnen bis 50 mit einem neuen diesbezüglichen Arbeitsvertrag angestellt werden, LehrerInnen ab 51 sollen nach dem alten Arbeitsvertrag angestellt bleiben.

Für die Petition:



Paula Pakery Keller
Box 646 Blumenstrasse 11
4142 Münchenstein 1